



Kampagne gegen Kinderarbeit

Menschen haben Rechte – Unternehmen haben Pflichten

Weltweit müssen 73 Millionen Kinder unter ausbeuterischen Bedingungen arbeiten. Sie setzen in Bergwerken und Steinbrüchen ihr Leben aufs Spiel, schufteten auf Plantagen und in Fabriken, nähen Kleidung oder knüpfen von früh bis spät Teppiche.

Auch in Produkten, die wir hier in Österreich konsumieren, steckt – für uns erstmal unsichtbar – ausbeuterische Kinderarbeit: Im morgendlichen Kaffee, in der Tasse Kakao, in der Schokolade, im Wohnzimmerteppich, im Smartphone etc.. Beim Einkaufen von Lebensmitteln können wir auf verlässliche Gütesiegel wie FAIR-TRADE achten, da diese gegen ausbeuterische Kinderarbeit vorgehen. Doch was ist mit dem nicht-zertifizierten Löwenanteil und Produkten mit komplexen

Lieferketten wie zum Beispiel elektronischen Geräten.

Gesetzlicher Rahmen

Um ausbeuterische Kinderarbeit aus den von uns gekauften Produkten zu verbannen, braucht es vor allem eines: Gesetze, die eine bessere Kontrolle von Herstellungsbedingungen verordnen. Alois Stöger hat mit dem Sozialverantwortungsgesetz (SZVG) einen Vorschlag ins Parlament eingebracht, der ausbeuterische Kinder- und Zwangsarbeit in der Produktion von Textilien und Schuhen verhindern soll. Das SZVG will sicherstellen, dass Produkte, in denen Kinder- oder Zwangsarbeit steckt, nicht auf dem heimischen Markt vertrieben werden. Das Inverkehrbringen soll unterbunden werden. Das Gesetz sieht auch die Möglichkeit vor, bei Verstößen Gewinn abzuschöpfen.

Wie es mit dem Vorschlag weiter geht, ist offen. Klar ist, dass wir uns weiter für dessen Umsetzung einsetzen werden!

kinderarbeit stoppen

Kampagne

Auch die Kampagne Kinderarbeit stoppen von der Dreikönigskation hat zum Ziel, umfassende menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für Firmen gesetzlich festzuschreiben. Zivilgesellschaftliche Akteure unterstützen unsere Forderung nach einer gesetzlichen Regelung. Ein solches Gesetz wäre ein wirkungsvoller Schritt gegen ausbeuterische Kinderarbeit und andere gravierende Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen. Die Niederlande haben bereits gezeigt wie es geht.

Alle Infos zur Kampagne auf: www.kinderarbeitstoppen.at

Anregungen und Kommentare zur FiP bitte an mich: 01/534 27 310 oder petra.bayr@spw.at



Mädchen in Bangladesch

„Schnuller statt Schule“

Teenager-Schwangerschaften in Österreich und weltweit

Etwa 850 Frauen sterben jeden Tag während Geburt und Schwangerschaft. Die meisten dieser Todesfälle wären durch medizinische Betreuung und Prävention zu vermeiden. Auf diese erschreckende Tatsache habe ich als Gründerin der Plattform Mutternacht auch heuer wieder vor dem Muttertag aufmerksam gemacht.

Plattform Mutternacht

Die Plattform Mutternacht besteht aus Menschenrechts- und entwicklungspolitischen NGOs, die jährlich vor dem Muttertag auf Gefahren von Schwangerschaft und Mutterschaft hinweisen. Heuer haben wir den Fokus auf Teenager-Schwangerschaften in

Österreich und weltweit gelegt. Jeden Tag werden 39.000 Mädchen unter 18 Jahren verheiratet. In den meisten Fällen passiert das gegen deren eigenen Willen und mit vielen negativen Folgen für Körper und Seele. So sterben jedes Jahr 70.000 Mädchen im Globalen Süden an Komplikationen in der Schwangerschaft oder bei der Geburt. Diese zählen zu den Haupttodesursachen der 15 bis 19-Jährigen im Globalen Süden, genau wie der Selbstmord.

Durch Bildung, Aufklärung und ein Ende der Zwangsverheiratung von Kindern wären viele Todesfälle zu vermeiden. Mädchen müssen die gleichen Chancen wie Buben haben und ein selbstbestimmtes Leben führen können.

Verhütungsmittel

Effektive Verhütungsmittel haben eine wichtige Rolle: 214 Millionen Frauen weltweit würden gerne verhüten, haben aber keinen Zugang zu Verhütungsmitteln. Vor allem Jugendliche und ökonomisch Benachteiligte brauchen daher kostenlosen Zugang zu effektiven Verhütungsmitteln. Jährlich kommt es derzeit zu etwa 80 Millionen ungeplanter Schwangerschaften.

Forderungen

Als Plattform haben wir die alte Regierung aufgefordert, auf mehreren Ebenen aktiv zu werden: Der ehemalige Minister Faßmann sollte mehr faktenbasierte sexuelle Bildung an Schulen ermöglichen. Die ehemalige Außenministerin Kneissl sollte verstärkt über die Entwicklungszusammenarbeit jene Organisationen unterstützen, die sexuelle Bildung in den Partnerländern vorantreiben. Und der ehemalige Justizminister Moser sollte das Heiratsalter auf 18 Jahre anheben, um so dem Verheiraten von Jugendlichen in Österreich vorzubeugen. Wir werden als Plattform diese Forderung auch an die neue Regierung herantragen und uns für deren Umsetzung stark machen.



Andrea Barschdorf-Hager, Petra Bayr, Stephan Hloch und Julia Rainer



Mosambik: von Wirbelstürmen verwüstet

Das Partnerland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit braucht Hilfe

Österreich und Mosambik sind seit 1992 Partner der Entwicklungszusammenarbeit. Und zum ersten Mal seit es Aufzeichnungen gibt, wurde Mosambik von zwei Zyklonen in einer Saison getroffen und verwüstet. In der Nacht von 14. auf 15. März hat der Zyklon Idai die Küste des südostafrikanischen Landes hart getroffen, weite Teile des Landes überflutet und unter Wasser gesetzt. Straßen, Stromleitungen und andere Infrastruktur wurde zerstört, Ernten vernichtet. Die Lebensmittelversorgung und die Kommunikation sind anfänglich zusammengebrochen. Viele MosambikanerInnen mussten tagelang auf Dächern und in Baumkronen auf Hilfe warten.

Am 25. April ist Zyklon Kenneth über Mosambik gefegt. Seine Windspitzen lagen bei 220 Kilometern pro Stunde. Damit ist er der stärkste Zyklon, der je auf Afrika getroffen ist. Kenneth hat das ohnehin schon verwüstete Land erneut schwer getroffen.

2 Millionen Menschen

Etwa 2 Millionen Menschen sind auf Hilfe in Form von Nahrungsmittelhilfe und Unterkunft angewiesen. Malaria- und Cholera sind ausgebrochen, Kindern drohte

Unterernährung und seit März wurden über 1.100 zerstörte Klassenzimmer wieder aufgebaut. Unter den 2 Millionen Menschen in Not sind etwa 75.000 Schwangere. Sie brauchen besondere Hilfe. Eine fachgerechte Betreuung durch Hebammen kann Leben retten und Hebammen verteidigen durch ihren Einsatz auch die Menschenrechte von Frauen.

Neben der humanitären Hilfe braucht es auch dringend Maßnahmen für den Wiederaufbau. Österreich hat bisher erst einen kleinen Beitrag zur humanitären Hilfe geleistet. Nach der Verwüstung durch Idai hat die alte Regierung lediglich 500.000 Euro und nach Kenneth 750.000 Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds (AKF) frei gegeben. 1,25 Millionen Euro sind angesichts des Ausmaßes der Zerstörung und der langjährigen Beziehung zwischen Österreich und Mosambik viel zu gering.

Humanitäre Hilfe

Die internationale humanitäre Hilfe ist mittlerweile vollangelaufen und wirkt. Dennoch bleibt die Lage für die rund zwei Millionen betroffenen Menschen prekär. Auch der Blick in die Zukunft macht Sorgen. Der Wiederaufbau



der Infrastruktur und Häuser, sowie die durch die Zyklone zerstörte Ernte sind eine riesige Herausforderung und werfen das Land um Jahre zurück.

AKF

Für das Jahr 2019 ist der österreichische Auslandskatastrophenfonds (AKF) mit 15 Millionen Euro budgetiert. Diese Summe ist viel zu klein, um dem Reichtum unseres Landes entsprechend auf die humanitären Krisen der Zeit zu reagieren. Im Nationalratswahlkampf 2017 warb Sebastian Kurz noch als Außenminister, dass er den AKF auf 60 Millionen Euro jährlich aufstocken werde. Beim derzeit gültigen Doppelbudget hat er sein Versprechen also gebrochen. Kanzler Kurz hat nicht gehalten, was Außenminister Kurz versprochen hat.

Nach den Wahlen ist vor den Wahlen

Schwung für die Nationalratswahlen beibehalten

Allen Unterstützerinnen und Unterstützern bei der EU-Wahl möchte ich herzlich danken! Ich freue mich sehr, dass wir in Favoriten das beste Ergebnis für die SPÖ österreichweit erreicht haben. Das viele Laufen und Reden hat sich ausgezahlt und genau diesen Schwung werden wir auch in den Nationalratswahlkampf mitnehmen!

